

«Forderungen zum Klima zu stellen, ist einfach, aber wir wollen Verbindlichkeit»

Klimapolitik Eine Mitte-links-Allianz im Gemeinderat fordert, dass Winterthur sich bis 2050 ein Klimaziel von netto null CO₂ setzt. Umweltstadträtin Barbara Günthard-Maier (FDP) sagt, warum der Stadtrat erst Ende 2020 antworten will.

Michael Graf (Interview)

Erst in knapp einem Jahr will der Stadtrat die Netto-null-CO₂-Motion vom letzten Sommer beantworten. Schieben Sie die Klimaziele auf die lange Bank, Frau Günthard-Maier?

Barbara Günthard-Maier: Im Gegenteil. Wir möchten Zeit sparen und vorwärtsmachen.

Wie meinen Sie das?

Wir möchten dieses Jahr nutzen und einen konkreten Massnahmenplan für das Energieziel 2050 erarbeiten. Darin zeigen wir auf, mit welchen Massnahmen das Ziel netto null Emissionen zu erreichen ist und was das kostet. Dann können der Gemeinderat und das Volk Anfang 2021 in vollem Wissen entscheiden. Grosse Forderungen zu stellen, ist einfach, aber wir wollen auch eine grosse Verbindlichkeit in der Umsetzung.

Und wie genau spart dieses Vorgehen nun Zeit?

Wir wollen Kräfte bündeln. Dank dem koordinierten Vorgehen werden wir im Januar 2021 eine Motionsantwort und gleichzeitig ein beschlussreifes Massnahmenpaket vorliegen haben. Wenn der Gemeinderat und das Volk dieses annehmen, können wir 2022 mit der Umsetzung beginnen.

Was genau prüft der Stadtrat denn konkret?

Seit der Volksabstimmung von

2012 gilt das Ziel von 2 Tonnen CO₂ pro Kopf bis 2050. Im Zuge der grossen Klimadiskussion des ersten Halbjahrs 2019, mit den Klimademos und der Klimasondersitzung im Grosse Gemeinderat hat der Stadtrat im Juli bekannt gegeben, dass er die Energieziele überprüfen und überarbeiten möchte. Neu erarbeiten wir auch Massnahmen für das Szenario von netto null CO₂-Ausstoss bis 2050. Das wäre laut Bericht des Weltklimarats notwendig, um das globale Klima zu stabilisieren. Ausserdem zeigen wir grob auf, was es brauchen würde, um das Ziel zu erreichen, das die Klimajugend fordert: netto null CO₂-Emissionen bis 2030.

Ist das überhaupt machbar?

Bei 2030 schütteln die Fachleute den Kopf, aber 2050 ist durchaus realistisch. Aktuell gehe ich davon aus, dass der Stadtrat diese Variante empfehlen wird. Sie deckt sich mit den Forderungen der Motion.

Gratis ist das nicht zu haben. Wie hoch fällt das Preisschild aus für diesen Klimaumbau?

Das zu beziffern, ist genau die Herausforderung, die wir jetzt anpacken. Der Gemeinderat und das Volk sollen wissen, wozu sie sich verpflichten würden. Wir stehen auf Gemeindeebene aber nicht alleine da. Wenn beispielsweise auf Bundesebene das neue CO₂-Gesetz kommt, müssen in den 5 bis 7 Jahren ein Grossteil



«Netto null CO₂ bis 2050 ist machbar. Wir überprüfen bereits, welche Massnahmen es dazu braucht.»

Barbara Günthard-Maier
Stadträtin (FDP)

der Ölheizungen in Privathäusern ersetzt werden. Das bringt energetisch viel und kostet die Stadt wenig. Andere Projekte, etwa ein Fernwärmeverbund wie Aquifer, brauchen grössere Investitionen.

Was kann die Stadt sonst noch unternehmen? Wollen Sie Verbrennungsmotoren aus Winterthur verbannen oder eine Solarpflicht für jedes Dach?

Wir sehen fünf Handlungsfelder. Bei den Energieträgern selbst bietet Stadtwerk seit Anfang Jahr in der Grundversorgung nur noch Strom aus der Kehrriechtverwertung und aus erneuerbaren Quellen an. Das Fernwärmenetz ist gebaut, allenfalls kommen neue Wärmeverbünde dazu. Bei den Gebäuden bietet die Stadt Beratungen für den Ersatz von Ölheizungen. Beim Verkehr machen wir das Velofahren attraktiver, etwa mit der Velounterführung am Hauptbahnhof, und den motorisierten Individualverkehr weniger attraktiv, wie aktuell durch die Erhöhung der Parkgebühren. Dann muss die Verwaltung selbst ihre Verantwortung wahrnehmen. Zum Beispiel heizen wir Sporthallen in den Winterferien nicht mehr. Und zuletzt setzen wir auf die Sensibilisierung der Bevölkerung. Derzeit sind wir mit der Kampagne «Stadtgmües» auf Instagram präsent.

Ist die Stadt noch im Gespräch mit den Klimademonstranten?

Wir treffen uns zwei- oder dreimal pro Jahr, um uns auszutauschen und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

In Australien brennt der halbe Kontinent. Bei uns folgt ein Hitzesommer dem nächsten, dafür gibt es keinen Winter mehr. Werden die jungen Wilden Verständnis haben, dass die Stadt jetzt noch einmal fast ein Jahr braucht, bis ein Plan vorliegt?

Die Klimademonstranten und der Stadtrat haben verschiedene Rollen. Es ist gut und wichtig, dass die Jungen laut sind und

ihre Forderungen stellen. Unsere Aufgabe als Exekutive ist es, diese Forderungen «auf den Boden zu bringen». Wir sind es unserer Bevölkerung schuldig, realistische Pläne vorzulegen und auszuweisen, welche Massnahme was nützt und wie viel kostet.

Quasi als Vorgeschmack auf die emissionsfreie Zukunft plant die Stadt einen CO₂-freien Tag. Wie kann man sich das konkret vorstellen?

Dazu kann ich noch fast nichts verraten, aber der Tag wird definitiv noch 2020 stattfinden.

«Berg gebiert Maus»: Grüne und GLP reagieren verärgert

GLP-Gemeinderat Samuel Kocher hatte den Vorstoss «Netto null Tonnen CO₂ bis 2050» während der Klimasondersitzung des Parlaments am 8. Juli eingereicht. Auch Grüne/AL, die SP und die EVP unterstützten die Motion. Nun zeigt Kocher sich enttäuscht. «Es wirkt, als wolle der Stadtrat die Motion verzögern und inhaltlich abschwächen», schreibt er in einer Medienmitteilung der GLP. Es werde weiterhin auch das «veraltete Szenario» von 2 Tonnen CO₂ pro Kopf geprüft, kritisiert Kocher. Seit die Schweiz das Pariser Klimaabkommen von 2015 unterzeichnet habe, sei dies obsolet geworden. «Der Stadtrat erkennt, dass wir beim Thema CO₂ keine Zeit zu verschenken haben. Wir hinterlassen bereits heute den

kommenden Generationen eine CO₂-Erbschaft.» Auch die Grünen/AL-Fraktion zeigt sich «sehr enttäuscht», dass nach einem halben Jahr noch keine konkrete Antwort zur Motion erfolgt ist. Der Berg habe eine Maus geboren. «Man fragt sich schon, was die Regierung in den letzten sechs Monaten gemacht hat», schreibt Co-Präsident Reto Diener und deutet das als Hinweis auf Führungsschwäche im Umweltdepartement. Es stehe ausser Frage, dass es einen konkreten Masterplan brauche. Bis zu einer Volksabstimmung wäre aber längst genügend Zeit gewesen, diesen auszuarbeiten, argumentiert Diener. Die Grünen überlegten nun, dem Antrag auf Fristerstreckung nicht stattzugeben. (mig)